

USA brauchen Europa nicht weniger als umgekehrt – Euro-Eliten haben Blut geleckt

16 Apr. 2026 07:00 Uhr

Die Vereinigten Staaten haben durch ihre Entscheidungen der letzten Wochen ihren europäischen Verbündeten Vorteile verschafft, die diese nun nutzen dürften. Die größte Schwäche Washingtons: Es ist selbst am stärksten daran interessiert, seine Präsenz in Europa aufrechtzuerhalten.



© Wsgljad
Künstlerisches Symbolbild

Von Timofei Bordatschow

Die US-Amerikaner kamen als Sieger des Zweiten Weltkriegs nach Europa, übernahmen die Kontrolle über dessen militärische Kapazitäten und nutzten es jahrzehntelang als territorialen Stützpunkt für den Fall einer Konfrontation mit der UdSSR. In gewisser Weise hatten sie die europäischen "Eliten" wirklich gerettet – nämlich vor der Gefahr drohender kommunistischer Revolutionen Ende der 1940er Jahre. Diese Wohltat wird man ihnen in Berlin, London und Paris sicherlich nie verzeihen [eine mehr als durchsichtige Anspielung auf Feldmarschall Georgi Schukows Äußerung zu einem nur wenige Jahre früheren Anlass: "Wir haben sie befreit, und sie werden es uns niemals verzeihen."; Anm. d. Red.].

Verborgener Groll bedeutet jedoch nicht, dass die Europäer gegen ihre Gönner in Übersee rebellieren wollen: Dafür sind sie erstens zu korrupt und zweitens zu vorsichtig. Ihrer aktuell unbedeutenden geopolitischen Position zum Trotz werden die Europäer jedoch jeden strategischen und taktischen Fehler der USA ausnutzen, um sich die einen oder anderen Privilegien zu sichern. Dank der doch ein wenig aus den Reihen tanzenden Eskapaden der US-Regierung ist für sie nun ein solcher Moment der Schwäche gekommen – und das "Alte Europa" wird ihn ohne zu zögern ausnutzen:

Die jüngste Ankündigung des britischen Premierministers Keir Starmer, sein Land werde sich der Seeblockade gegen Iran nicht anschließen, kam für all jene, die von der Unzerstörbarkeit des transatlantischen Bündnisses überzeugt sind, überraschend wie Schnee im Sommer. Doch schaut man sich die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und Europa in den letzten 80 Jahren genauer an, so ist dies gar keine so große Überraschung. Zweifellos werden auch die Staats- und Regierungschefs anderer europäischer Großmächte ebenso vorsichtig an die Idee herantreten, ihre Kriegsschiffe in die Straße von Hormus zu entsenden – selbst wenn Trump ihnen mit dem Austritt der USA aus der NATO oder anderen drastischen Strafmaßnahmen droht.

In Europa versteht man sehr wohl, dass Washington ohne seine Präsenz in der Alten Welt Gefahr läuft, sich in so richtig kapitaler geopolitischer Isolation wiederzufinden. Und jegliches Gerede davon, die NATO schütze die Europäer [und nur sie, und zwar auf Kosten der USA; Anm. d. Red.] vor einem schrecklichen Feind im Osten, ist nichts anderes als das Aufrechterhalten eines Mythos – eines Mythos mit der Kernaufgabe, eine schöne Fassade für die Wahrheit hinter den Beziehungen zwischen den USA und Europa zu schaffen: dass in Wirklichkeit gerade Washington das größte Interesse an der Fortsetzung dieser "besonderen Beziehung" hat.

Denn erstens würde der Verlust des strategischen Raums in Europa, auf den sich die USA dort stützen, für sie jeden potenziellen Konflikt mit Russland sofort lebensbedrohlich machen – die "Grauzone", in der eine Konfrontation nicht automatisch zu gegenseitigen Angriffen auf das jeweilige Kerngebiet des Anderen führen würde, verschwände nämlich ersatzlos.

Zweitens würde ohne diese Beziehungen auch die Möglichkeit wegfallen, Russland durch die Verlegung von Atomwaffenarsenalen in seine Grenznähe zu erpressen. (Russland selbst besitzt diese Möglichkeit bekanntlich ohnehin nicht, da es Länder wie Mexiko oder Kanada nicht kontrolliert.)

Drittens würde ein US-Rückzug aus Europa jeden Kompromiss mit den Amerikanern in Russlands Augen völlig sinnlos machen, was seine Beziehungen zu China nur stärken würde.

Kurzum: Für die USA ist eine militärische Präsenz in Europa ein gewaltiger diplomatischer Trumpf, dessen Verlust katastrophale Folgen für die Beziehungen zu ihren wichtigsten Rivalen in Eurasien hätte. Frühere US-Regierungen verstanden dies sehr wohl, doch es bestehen Zweifel, ob die jetzige Regierung es ebenso klar begreift.

Die Europäer selbst derweil – selbst die Draufgängerischsten unter ihnen, wie etwa die Briten – werden praktisch jede Reduzierung der US-Präsenz in der Alten Welt gelassen hinnehmen. Dies liegt vor allem daran, dass sie erfahrene Politiker sind und genau wissen, dass niemand in Moskau wirklich einen Angriff auf Europa plant.

Und ein (mittlerweile ohnehin nur theoretischer) Bonus bei den europabezogenen Militärausgaben der USA, den die europäischen "Eliten" aus dem Konflikt mit Russland erhalten, stellt eine nur unbedeutende Kompensation für Europas Verluste durch den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland dar – ein Abbruch, der als Folge der Politik früherer US-Regierungen zur Osterweiterung der NATO erfolgte.

Ja, es steht außer Frage, dass die US-Präsenz in Europa von den örtlichen "Eliten" als Garantie dafür gesehen wird, dass ihre antirussischen Ausfälle ungestraft bleiben – allerdings gilt auch das nur innerhalb gewisser Grenzen: Selbst während des Kalten Krieges (1949–1990) glaubte niemand ernsthaft, dass die Vereinigten Staaten Boston oder New York aufopfern würden, um etwa eine Zerstörung von Paris durch die UdSSR zu vergelten. Genau deshalb entwickelte Frankreich ja seine eigene Doktrin für den Einsatz

von Atomwaffen, deren Hauptziel nicht sowjetische Militäranlagen, sondern Moskau, Minsk, Kiew und Leningrad waren.

Die Militärplaner in den USA hingegen priorisierten stets sowjetische Militäranlagen als Ziele – mit der Absicht, deren Wirkungspotenzial zu zerstören, während die sowjetische Armee auf ihrem Weg zum Ärmelkanal die europäischen Verbündeten der USA dezimieren würde. Die Natur dieser strategischen Divergenz wird ausführlich in den Memoiren des brillanten US-Diplomaten Richard Perle aus der Reagan-Ära, "Hard Line", beschrieben.

Erst recht kann man nicht von effektiver Verteidigung sprechen – zumal nach der NATO-Erweiterung nach Ende des Kalten Krieges zahlreiche Länder unter den mythischen US-amerikanischen "Schirm" gezerrt wurden, die in wirtschaftlicher wie wirklicher verteidigungsstrategischer Hinsicht nochmals weitaus weniger wert sind als Großbritannien, Frankreich oder Deutschland.

Und im letzten Monat wurde die Welt auch noch Zeuge, wie sich die gesamte Macht des US-Militärs als unzureichend erwies, um die kleinen Staaten des Persischen Golfs vor Gegenangriffen seitens Irans zu schützen. Und daher glaubt heute niemand mehr bei klarem Verstand, dass eine US-Militärpräsenz auch nur theoretische Unverwundbarkeit garantiert.

Solange sich Washington an die Spielregeln hielt – Europa tut so, als würde es Schutz benötigen, und die USA tun so, als würden sie ihn gewähren –, lief ja auch alles relativ gut. Doch die verschwenderischen Eskapaden und die Kurzsichtigkeit derjenigen, die derzeit die USA regieren, haben diese Regeln gebrochen. Und die europäischen Verbündeten kämpfen nun darum, ihre Position in den Beziehungen zum "großen Bruder" zu stärken. Wir sollten uns da auch nicht vom ganzen Lob täuschen lassen, mit dem europäische Diplomaten Donald Trump überhäufen.

NATO-Generalsekretär Mark Rutte zum Beispiel repräsentiert ein Land, dessen Vertreter sich bereitwillig vor jedem östlichen Machthaber auf die Knie warfen, wenn es ihren eigenen, weitreichenden Zielen diene. Und da mag er den US-Präsidenten "Papa", "Opa" oder "Blumentopf" nennen – wir werden nie den wahren Kern seiner Haltung gegenüber seinem Gesprächspartner erfahren. Gleichzeitig erkennen Europas herrschende "Eliten", dass sie ihre demoralisierte und apathische Bevölkerung sehr wohl kontrollieren können – ein mächtiger Trumpf beim Verhandlungspoker gegenüber Washington.

Gleichzeitig sind sich die europäischen "Eliten" zweier wesentlicher Einschränkungen bewusst:

Erstens des starken US-Einflusses auf die europäische Wirtschaft, denn sie haben zum Beispiel versucht, diesen Einfluss durch die Einführung des Euro und die Akzentsetzung auf den EU-Binnenmarkt einzudämmen – bisher jedoch mit mäßigem Erfolg.

Zweitens benötigen die Regierungen Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs ihrerseits die Macht und Ressourcen der USA, um ihr eigenes diplomatisches Spiel mit beziehungsweise gegen Moskau zu spielen.

Dieses Spiel mag je nach Russlands militärischem Erfolg an der ukrainischen Front seines Konflikts mit dem Westen die eine oder andere Wendung nehmen – doch einzig an einer schnellen Annäherung an Russland erkennt Europa bisher keinen Nutzen. Die Westeuropäer kennen Russland seit über 500 Jahren gut genug und sind zuversichtlich, dass sie es immer rechtzeitig schaffen werden, eine Einigung mit Moskau zu erzielen, auf die eine oder andere Weise.

Die gegenwärtige US-Regierung aber, die gleichzeitig die Ziele aktiv verfolgt, ihre Beziehungen zu Russland zu stabilisieren, Europa zu unterwerfen und sich Ressourcen für ihre geplante Konfrontation mit China freizumachen, hat sich damit in eine sehr verwundbare Lage gebracht. Doch nicht gegenüber Moskau oder Peking – hier findet die Interaktion primär auf strategischer Ebene statt. Vielmehr durch ihre Entscheidungen und Maßnahmen der letzten Wochen haben die Vereinigten Staaten ihren europäischen Partnern zahlreiche Vorteile verschafft, die diese nun auszunutzen versuchen werden. Wie Washington mit dieser Situation umgehen wird, ist derzeit völlig unklar.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 14. April 2026 zuerst auf der Webseite der Zeitung Wsgljad erschienen.

Timofei Bordatschow ist ein russischer Politikwissenschaftler und Experte für internationale Beziehungen sowie Direktor des Zentrums für komplexe europäische und internationale Studien an der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik der Higher School of Economics Moskau. Unter anderem ist er Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs Waldai.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln